

Protokoll VIII

der 8. Sitzung des 40. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg
am Mittwoch, den 15. Juni 2005
im HSG, Biegenstr. 12, HS 7, 35037 Marburg.

Protokollant: Christoph Scheid

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung

2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung

3. Bericht des AStA

4. Wahl eines/-r studentischen Vertreters/-in in den Vorstand des Studierendenwerks

5. Sonstiges

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 40. Studierendenparlaments, **Anne Tittor** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 20:34. Bei 30 anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern stellt sie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt mehrere Rücktritte: **Sophio Mkheidze** (DHG), **Ingo Schäfer** (LiBüLi), **Jan Christoph Gail** & **Marius Uwe Hartung** (GHG), **Melanie Micudai** (LiBüLi).

Dafür rücken nach: **Anja Willmann** (LiBüLi), **Andreas Schwarz** (DHG), **Antje Mangelsdorf** & **Marc Bochinski** (GHG),

TOP 1 [Protokoll]

Anne fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll gibt. Es gibt keine Anmerkungen. Das Protokoll zur Sitzung vom 18.05.2005 wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 [Tagesordnung]

Henrik Piltz beantragt zwei weitere Tagesordnungspunkte: "Zentrenbildung" und "Hochschulpakt". Die Fachschaftsräte der Geschichte beantragen einen weiteren TOP "Osteuropäische Geschichte in Marburg" vor den TOPs von Henrik.

Die weitere Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig **genehmigt**.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Hanna Tuszyński (stellv. AStA-Vorsitzende) berichtet über Aktivitäten des AStA gegen Studiengebühren. Zum einen habe der AStA mit zu der hessenweiten Bildungsdemo in Frankfurt am 2. Juni aufgerufen. Dort waren ca. 5000 Studierende auf der Straße. Zum anderen beteilige sich der AStA an dem am 11. Juni gegründeten Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs) Hessen, das als Organisationseinheit

des Bundesverbandes fungiert.

Des Weiteren teilt sie mit, dass wieder zahlreiche Veranstaltungen der AStA-Referate stattgefunden haben. **Hanna** weist auf die Wichtigkeit der kommenden Uni-Wahlen in der nächsten Woche hin und berichtet von den Maßnahmen des AStA zur Bewerbung der Wahl.

Lena Behrendes (AStA-Vorsitzende) weist auf den Workshop "Welche Bildung brauchen wir" vom 23. bis 25.06 hin und fordert alle ParlamentarierInnen auf, sich zu beteiligen.

Es gibt keine Fragen an den AStA.

Anne berichtet von einem Gespräch mit Herrn Bamberger von der Uni-Verwaltung. Es ist somit während des Wahlkampfes explizit gestattet, Wahlkampf zu betreiben. Es gelten folgende Regeln:

- Plakate (mit Tesa-Film, am besten auf Glas, nicht auf Lack; falls auf Glas-türen, dann so, daß man noch durchgucken kann)
- Flyern erlaubt (nicht stapelweise ablegen; besser direkt an Leute verteilen)
- Es werden an Hochschulgruppen keine Rechnungen gestellt, solange der Reinigungsaufwand nicht Überhand nimmt.
- Die Hausmeister aller Uni-Gebäude sind angewiesen, die Plakate etc. nicht zu entfernen.

TOP 4 [Wahl einer/eines stud. VertretetIn/VertreterIn in den Vorstand des Studierendenwerks]

Anne eröffnet die KandidatInnenliste.

Anja Willmann schlägt **Meik Kötter** vor. **Meik** nimmt die Kandidatur an.

Es gibt keine weiteren Kandidatenvorschläge.

Meik Kötter stellt sich vor. Er ist 28 Jahre alt, promoviert in den Erziehungswissenschaften und ist als Sozialberater des AStA tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte für den Vorstand des Studierendenwerks verortet er in den Themen BaföG, Bildungskredite, Studierendenwerksgesetz und Vernetzung. Dazu seine Darstellung:

Inhaltliches / Arbeitsprogramm:

- *BaföG: M.E. kommt es bei der Einführung von Bachelor-Studiengängen zu Verzahnungsproblemen mit dem BaföG. Diese Verzahnungsprobleme können bis zum Verlust des BaföG-Anspruchs von Studierenden führen. Ich möchte das Thema in den Vorstand einbringen und mich um eine studierendenfreundliche Regelung bemühen.*
- *KfW-Kredite: Es ist absehbar, dass in den nächsten 2-3 Semestern die KfW-Studienkredite aufgelegt werden. Unklar ist noch, ob die Kredite von Banken oder von den Studwerken vergeben werden werden. Zwar lehne ich diese Kredite ab: zum einen, weil sie das Risiko der Bildungsschuldnerschaft erhöhen, zum anderen, weil sie es Staat und Politik erleichtern sich von Bildung als steuerfinanzierter Gemeinschaftsaufgabe mit sozialem Anspruch zu verabschieden. Dennoch bin ich der Meinung, dass die Studwerke die KfW-Kredite vergeben und verwalten sollten: weil sie Institutionen sind, die im Lebensraum Hochschule verankert sind, weil sie - neben den ASten - auch (Sozial-) Beratung zu den Risiken eines kreditfinanzierten Studiums anbieten und nicht zuletzt weil sie der Studierendenmitbestimmung und einem Sozialauftrag unterliegen. Vom Vorstand aus könnte die Einführung der KfW-Kredite mit Aufklärungs- und Informationskampagnen begleitet werden.*
- *Studwerksgesetz: Im Anhörungsverfahren zur Novellierung des Studentenwerksgesetzes tauchen Begriffe auf, wie „neue Rechtsformen“*

oder „private Ausgründungen“. Man sollte sich vor Augen führen, was überhaupt nur „ausgegründet“ werden kann: Personal, Mensen oder Mensabereiche, Wohnheime. M.E. führte das zu erhöhten Preisen der Angebote für die Studierenden, zum Verlust des Sozialauftrages und der Studierendenmitbestimmung. Ich lehne diese Pläne ab. Stattdessen sollten die Landesmittel für die Studentenwerke so weit erhöht werden, dass diese ihren sozialen Auftrag in der derzeitigen Rechtsform tatsächlich verwirklichen können.

- Vernetzungen: Gerade mit Blick auf das Studwerkgesetz, aber auch auf die KfW-Kredite scheint mir eine Vernetzungsarbeit angesagt und notwendig: So könnten sich etwa die hessischen Studierendenvertreter in den Studwerksvorständen zu diesen Themen über den Diskussionsstand ihrer jeweiligen Vorstände austauschen, über gemeinsame Argumentationsstrategien beraten und darüber nachdenken, wie sie Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen können – und zwar im Bündnis mit den ASten. Auf lokaler Ebene möchten Jörg Bechtold und ich eine regelmässige Arbeitsgruppe „Studwerk“ einrichten. Sie soll sowohl politisch Interessierte, als auch NutzerInnen der Studwerksangebote integrieren und als Ideengeberin und Reflexionsraum für die Arbeit im Studwerksvorstand dienen.

Anne eröffnet den Wahlgang.
ausgegebene Stimmzettel: 30
abgegebene Stimmzettel: 30
Ergebnis:
Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 2
ungültig: 0

Damit hat der Kandidat die notwendige Mehrheit von 21 Stimmen erreicht.
Meik nimmt die Wahl an.

TOP 5 [Zukunft der osteuropäischen Geschichte]

Kathrin Kattler und **Ulrike Heinisch**, Fachschaftsrätinnen der Geschichte, berichten über den Zusammenhang von Hochschulpakt und Zentrenbildung. **Kathrin** bringt folgenden Antrag ein:

Der Antrag im Wortlaut:

„Das 40. Studierendenparlament möge feststellen, daß die Osteuropäische Geschichte für die Struktur und die Studierenden der Philipps-Universität Marburg von großer Bedeutung ist.
Das Parlament fordert das Präsidium und den Senat auf, sich für den Erhalt der Osteuropäischen Geschichte in Marburg einzusetzen.“

Der Antrag wird abgestimmt:
Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3
Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6 [Zentrenbildung]

Henrik bringt den Antrag ein.

Der Antrag im Wortlaut:

„Das 40. Studierendenparlament möge beschließen:
Das 40. Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg kritisiert die vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK)

angestrebte, und im Hochschulpakt für die Jahre 2006 bis 2010 verankerte, Zentrenbildung für sog. „kleine geisteswissenschaftliche Fächer“.

Dabei sehen wir nicht nur die innerhessische Zentrenbildung für verfehlt, sondern betrachten sie auch im Allgemeinen nicht als zielführend, da sie sowohl die sozio-ökonomischen Verhältnissen als auch die geringen Mobilität der Studierenden nicht berücksichtigt. Hier geht es nicht um die „Rettung“ der kleinen geisteswissenschaftlichen Fächer, sondern um eine Einschränkung der Fächervielfalt.

Daher fordern wir das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst auf, die Pläne für die innerhessische Zentrumsbildung zu verwerfen und stattdessen die sozialen Bedürfnisse der Studierenden in Zukunft in ihre Struktur- und Entwicklungsplanung zu berücksichtigen sowie sie am Planungs- und Entscheidungsprozess zu beteiligen.“

Volker Ostermeyer (LHG) fragt nach, ob es alternative Vorschläge zur Finanzierung gäbe. **Henrik** erwidert, daß die angeblichen Zwänge nicht einfach als solche hingenommen werden müssten.

Der Antrag wird abgestimmt:

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 6

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 7 [Hochschulpakt]

Henrik stellt auch diesen Antrag vor.

Der Antrag im Wortlaut:

„Das 40. Studierendenparlament möge beschließen:

Das 40. Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg lehnt den letzte Woche ausgehandelten Hochschulpakt für die Jahre 2006 bis 2010 ab. Er ist nicht geeignet dem Ziel der mittelfristigen Planungssicherheit für die Hochschulen zu dienen und berücksichtigt in keiner Weise die sozialen und materiellen Grundvoraussetzungen für die Aufgabenerfüllung der Hochschulen und ihrer Mitglieder.

Stattdessen fordern wir das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie das Präsidium der Philipps-Universität Marburg auf, den Hochschulpakt dahingehend umzuwandeln, dass den hessischen Universitäten eine langfristige und angemessene Finanzausstattung zugestanden wird und bei den Verhandlungen bereits frühzeitig alle in den Hochschulen vertretene Gruppen beteiligt werden.

Begründung:

Der Hochschulpakt für die Jahre 2006 bis 2010 dient nicht den Anforderungen, die an ein solches Papier gestellt werden müssen.

Die versprochene Planungssicherheit für die Hochschulen ist keineswegs vorhanden. Mit vielen stark widersprüchlichen Formulierungen versucht das Land genau diesen Anschein zu erwecken, so wird z.B. von stabilen Clusterpreisen geredet (die keiner jährlichen Schwankung unterliegen), auf der anderen Seite wird das Gesamtbudget der Hochschulen auf dem aktuellen Niveau fixiert.

Auch die Autonomie der Hochschulen wird mit dem Hochschulpakt nicht wie angekündigt steigen, sondern weiter eingeschränkt.

Parallel werden wichtige Bestandteile der Vereinbarung kaum spezifiziert, z.B. die Evaluierung und Qualitätssicherung an den Hochschulen wird nur beiläufig erwähnt.

Stattdessen zieht man es vor, die angeblichen Vorzüge des neuen Budgetierungssystems sowie die „Rettung“ der kleinen geisteswissenschaftlichen Fächer durch Zentrenbildung zu feiern, obwohl man diese selber durch die Kürzungen der vergangenen Jahre zur Disposition gestellt hat.

Dazu wälzt das Land zunehmend eigene Verantwortung und Risiken auf die Hochschulen ab, so werden z.B. Tarifsteigerungen zu bis zu 50% auf die Hochschulen überwälzt, so das auch hier von Planungssicherheit keine Rede sein kann. Hinzu kommt die Entsolidarisierung einer solchen Maßnahme, deren einziges politisches Ziel es ist, die MitarbeiterInnen zu Zugeständnissen bei Tarifverhandlungen zu zwingen.

Zuletzt sei noch einmal auf den bereits seit Jahren andauernden Umbau der Universitäten hin zu Dienstleistungsbetrieben hingewiesen. Studierende werden lediglich als „Leistungszahlen“ berücksichtigt. „Leistung“ und „Output“ stehen im Mittelpunkt, die sozialen Belange der Studierenden finden in der Rahmenvereinbarung keinen Platz mehr.

Der Hochschulpakt versucht die an Hochschulen gestellten Anforderungen in einfache, quantitative Kennzahlen zu pressen. Unberücksichtigt dabei bleibt die „Leistungskomponente“ Studierende, die nur noch als „Cluster“ im Grundbudget und als „Punktzahl“ im Erfolgsbudget des Haushalts der Universität auftauchen.“

Änderungsantrag 1 von Volker Ostermeyer: Im ersten Absatz "in keiner Weise" ändern zu "in unzureichender Weise".

Henrik übernimmt diesen Antrag nicht.

Änderungsantrag 2 von Jan Patrick Behrend: Füge hinzu (als zweiten Absatz): "Darüberhinaus schenken wir sämtlichen Zusagen der Landesregierung keinen Glauben aufgrund nicht eingehaltener Versprechen betreffend den Hochschulpakt in der Vergangenheit."

Henrik übernimmt diesen ÄA.

Die Anträge werden abgestimmt:

Abstimmung ÄA Volker:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 9

Enthaltungen: 7

Zwei ParlamentarierInnen haben nicht abgestimmt.

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung Antrag:

Ja-Stimmen: 23

Nein-Stimmen: 7

Enthaltungen: 0

Damit ist der **Hauptantrag angenommen**.

TOP 8 [Sonstiges]

Hanna weist darauf hin, dass Wahlkampf herrscht und bittet die Listen um Fairness. Es sei nicht in Ordnung, dass bestimmte Listen die Plakate anderer Listen einfach überplakatierten.

Anne kündigt an, daß die letzte Stupa-Sitzung in diesem Semester voraussichtlich am 6. Juli stattfinden wird.

Die amtierende Präsidentin des 40. Studierendenparlaments, **Anne Tittor**, schließt die Sitzung um 21:26 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. Christoph Scheid
Vizepräsident des 40. Stupa

Für die Richtigkeit:

Anne Tittor
Präsidentin des 40. Stupa